

Fit integriert

Laufen verbindet Flüchtlinge und Einheimische in Freiberg. Seite 3



Bedingungslos finanziert

Das Grundeinkommen kann die Gesellschaft verändern. Seite 18

Selbst kontrolliert

Zwei Antidoping-Agenturen finden das IOC zu lasch. Seite 19

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 13. Februar 2018

73. Jahrgang/Nr. 37

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Infrastruktur für Investoren

Kurt Stenger hält wenig von Donald Trumps Billionenprojekt

Ist Donald Trump urplötzlich zum Keynesianer mutiert? Dieser Eindruck mag entstehen, wenn man sich das neueste Vorhaben des Herren im Weißen Haus ansieht: ein Billionen-Dollar-Programm zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur.

Über Parteigrenzen hinweg sind sich US-Politiker einig, dass dringend viel Geld in die maroden Verkehrs- und Kommunikationswege investiert werden muss. Dennoch wird auch dieses Großprojekt des Präsidenten nicht problemlos den Kongress passieren. Vielen Republikanern geht es gegen den Strich, wenn staatliche Ausgaben aus wirtschaftspolitischen Gründen erhöht werden, zumal durch Trumps Steuergeschenke riesige Haushaltsdefizite auf Washington zukommen. Bei den Demokraten stößt auf Kritik, dass der Staat zu wenig Geld in die Hand nimmt, das zudem teilweise aus Programmen der Obama-Ära stammt. Hier geht es eben nicht um ein staatliches Konjunkturprogramm, sondern um Anreize für private Investoren. Trumps Kumpels können sich so nicht nur staatliche Infrastruktur einverleiben, sondern auch über üppige Renditegarantien freuen. Für den Normalbürger heißt dies wohl Mautgebühren, also so etwas wie Steuererhöhungen.

Es wäre am vorteilhaftesten, wenn der Staat selbst investiert, doch das lässt Trumps krude Ideologie nicht zu. Hier geht es nicht um keynesianische Nachfrageankurbelung, sondern um knallharte neokonservative Angebotspolitik zum Wohle von Investoren und Großunternehmen.

UNTEN LINKS

Morgen, am Mittwoch, beginnt die Zeit des **Verzichts**. Fastenzeit ist angesagt. Gerhard Schröder verzichtet momentan darauf, sich noch mal in die SPD einzumischen. Er weilt mit seiner Verlobten in Pyeongchang und beschwert sich stattdessen über das schwierige koreanische Alphabet und die Aussprache. Als Schröder noch nicht in der SPD-Fastenzeit steckte, da hielt er eine flammen-de Rede auf Martin Schulz, die beinhaltete damals übrigens den Kernsatz »Nichts ist entschieden« (Bundesparteitag, Juni 2017). Manchmal muss der Prophet eben zum Berg kommen. Verzicht trended aber nicht nur in der SPD gerade enorm. In der Zeit bis Ostern will auch die Mehrheit der Deutschen laut einer Umfrage auf folgende Dinge verzichten (in der Reihenfolge der Häufigkeit): Alkohol, Fleisch, Zigaretten. Nur die Ostdeutschen wollen beim Verzicht nicht mitmachen, sagt die Studie. Ihnen ist der zweite Schröder'sche Kernsatz in Erinnerung: »Hol mir mal 'ne Flasche Bier, sonst streik ich hier.« cod

Die CDU erneuert sich

Bundeskanzlerin Angela Merkel will Jüngeren eine Chance geben



Foto: dpa

Berlin. Angela Merkel will nicht weitere zwölf Jahre Bundeskanzlerin sein. Das ist eine gute Nachricht. Angela Merkel will vier weitere Jahre Bundeskanzlerin sein. Das ist eine gute Nachricht. Wie passt das zusammen? Indem man das Ganze unter dem Aspekt des kleineren Übels betrachtet. Denn die Alternativen zu Merkel und die politische Richtung, aus der sie innerparteilich unter Druck gesetzt wird – nämlich von rechts und ganz weit rechts –, sollten Linke durchaus mehr in Sorge versetzen als eine weiterwurstelnde Kanzlerin. Ein abrupter Abgang ihrerseits, und den reaktionären Kulturkämpfern stün-

de der Weg nach rechts und letztendlich hin zur AfD offen.

Aber Merkel wäre nicht Merkel und schon gar nicht seit zwölf Jahren Kanzlerin, wenn sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt hätte: »Jetzt geht es doch darum, Personen Chancen zu geben, die ihre politische Zukunft noch vor sich haben oder mitten da drin sind«, erklärte sie am Sonntagabend in der ZDF-Sendung »Berlin direkt«. Auf die Gegner zugehen, die Lage befrieden, ohne die eigene Macht preiszugeben – eines der Mittel, mit denen Merkel bisher erfolgreich noch jeden Angriff auf sich abwenden konnte.

Auch die Opposition sieht in Merkels Ankündigungen Altvertrautes: »Die Kanzlerin bleibt sich treu: ›Weiter so‹«, findet FDP-Vize Wolfgang Kubicki. Und die neue Grünen-Chefin, Annalena Baerbock, erklärte: »Dass die Menschen ›Weiter so‹ nicht wollen, interessiert sie nicht.« Zumindest aber scheint es so, dass Merkel sich mit ihrer Taktik Zeit für einen geordneten und gut vorbereiteten Rückzug verschafft. Und wie wichtig das sein kann, sieht man derzeit am abschreckenden wie lehrreichen Beispiel der sozialdemokratischen Selbstzerfleischung und -zerstörung. mdr

Seiten 2 und 4

Trump will Brücken bauen

Infrastrukturplan des US-Präsidenten kommt bei politischen Freunden wie Gegnern schlecht an

200 Milliarden Dollar sollen in den kommenden Jahren in die Sanierung der US-Infrastruktur gesteckt werden. Der Plan von Donald Trump stößt auf viel Kritik.

Von John Dyer

Die USA haben lange auf den Infrastrukturplan von Präsident Donald Trump gewartet. 200 Milliarden Dollar sollen es nun sein, die der Staat in den Wiederaufbau von bröckelnden Straßen, Brücken und anderen Verkehrswegen stecken soll, um damit Gesamtinvestitionen von 1,5 Billionen Dollar über zehn Jahre auszulösen. Der Großteil soll von privaten Investoren kommen.

»Das gegenwärtige System ist grundlegend kaputt und zwar auf zwei verschiedene Arten«, erklärte ein Berater des Weißen Hauses: »Wir investieren zu wenig in unsere Infrastruktur und wir haben ein Genehmigungsverfahren, das so lange dauert, dass es ein Jahr-

zehnt dauern kann, bis wichtige Infrastrukturen aufgebaut sind.«

Die Hälfte der 200 Milliarden Dollar soll für kommunale Infrastrukturprojekte genutzt werden. Städte und Bundesstaaten müssten diese Mittel beantragen. Um sie zu erhalten, müssten die Kommunalverwaltungen sich verpflichten, den Rest der Investitionen selbst aufzutreiben. Rund 50 Milliarden sollen für Projekte in ländlichen Gebieten ausgegeben werden. Weitere 20 Milliarden Dollar sollen in sogenannte transformative Projekte wie neue Tunnel und Hochgeschwindigkeitszüge fließen. Schließlich sollen 30 Milliarden Dollar privaten Unternehmen helfen, Infrastrukturprojekte auf den Weg zu bringen.

Der Plan rief bereits Kritik im US-Kongress hervor. Viele Republikaner äußerten sich schockiert darüber, dass die Schulden weiter erhöht werden. Schon durch Trumps unternehmensfreundliche Steuerreform werden in den

kommenden zehn Jahren 1,5 Billionen Dollar an neuen Schulden gemacht. Das seit langem verfolgte republikanische Ziel, den US-Haushalt innerhalb von zehn Jahren auszugleichen, ist damit ad acta gelegt. Der ultrakonservative

»Der Sumpf hat gewonnen, der Steuerzahler hat verloren.«

Mark Meadows, Abgeordneter der Republikaner

republikanische Abgeordnete Mark Meadows aus North Carolina sagte in Anspielung auf Trumps Wahlkampfversprechen, »den Sumpf trocken zu legen«, womit die politische Kultur gemeint war: »Der Sumpf hat gewonnen, der Steuerzahler hat verloren.« Mitarbeiter von Trump weisen da-

rauf hin, dass verschiedene Maßnahmen zur Finanzierung des Plans geprüft werden wie die Erhöhung der Mineralölsteuer.

Die Demokraten hingegen kritisieren, dass Trump zu wenig Geld ausgeben will. Und Umweltschützer befürchten eine Umgehung der Vorschriften für nachhaltige Bauen. Die angekündigten Investitionen würden nicht ausreichen, »um unser Land in das 21. Jahrhundert zu bringen«, sagte Shelley Poticha vom Natural Resources Defense Council. »Schlimmer noch, sein Plan beinhaltet ein inakzeptables Firmen Geschenk, indem er Umweltverträglichkeitsprüfungen streicht.«

Etwas 60 000 Brücken gelten in den USA als sanierungsbedürftig, Umspannwerke funktionieren vielerorts nicht richtig, Deiche sind brüchig, das Trinkwasser ist wegen veralteter Leitungen mit Schadstoffen belastet. Laut Schätzungen beträgt der Investitionsbedarf rund 3,6 Billionen Dollar.

Ermittlungen gegen neue HDP-Chefin in der Türkei

Vorwurf der »Terrorpropaganda«

Istanbul. Gegen die neue Vorsitzende der prokurdischen Oppositionspartei HDP in der Türkei sind einen Tag nach ihrer Wahl Ermittlungen wegen »Terrorpropaganda« eingeleitet worden. Die Staatsanwaltschaft in Ankara ermittelte gegen Pervin Buldan sowie den Abgeordneten Sirri Süreyya Önder im Zusammenhang mit ihren Reden auf dem Parteikongress am Vortag, wie die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu am Montag berichtete. Eine HDP-Sprecherin bestätigte der Deutschen Presse-Agentur die Ermittlungen.

Buldan und Önder hatten die Militäroperation gegen die kurdische Miliz YPG in Nordwestsyrien am Sonntag scharf kritisiert und zu Frieden aufgerufen. Sie hatten außerdem darauf hingewiesen, dass bei dem Einsatz Zivilisten sterben, was die türkische Regierung bestreitet. Buldan regte zudem an, die Friedensverhandlungen mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK wieder aufzunehmen. Die YPG und die PKK sind eng verbunden. dpa/nd

Seite 7

US-Drohne tötet Taliban-Führer

»Sajna« attackierte Pakistans Marine

Islamabad. Der Anführer der größten Fraktion der pakistanischen Taliban ist von einer Drohne getötet worden. Khan Said Mehsud, genannt Sajna, wurde in der vergangenen Woche in der Stammesregion Nord-Waziristan getötet, wie die Taliban am Montag mitteilten. Vermutlich wurde der Angriff nahe der afghanischen Grenze von einer US-amerikanischen Drohne geflogen. Der Tod Sajnas wird als bedeutender Schlag gegen die radikalislamische Terrorgruppe gesehen. Sajna erlangte Bekanntheit als Stratege hinter dem Taliban-Angriff auf eine Basis der pakistanischen Marine im Jahr 2011. Das Militär brauchte damals 15 Stunden, um den Stützpunkt in der Millionenstadt Karachi zurückzuerobern. Mindestens zehn Soldaten starben. Ein Jahr später überfiel Sajnas Gruppe ein Gefängnis und befreite fast 400 Gefangene. Der Taliban-Mitteilung zufolge soll künftig Mufti Noor Wali Mehsud Sajnas Platz einnehmen. Über den Mann ist wenig bekannt. Man weiß lediglich, dass er bereits bei den Taliban im benachbarten Afghanistan aktiv war. dpa/nd

Rote Flora: Keine Ermittlungen mehr

Justiz konnte Aufruf zu Straftaten bei G20-Gipfel nicht erkennen

Hamburg. Rund sieben Monate nach den Krawallen beim G20-Gipfel in Hamburg hat die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen den Sprecher des linksautonomen Kulturzentrums Rote Flora, Andreas Beuth, eingestellt. Gegen den Anwalt war unter anderem wegen Anstiftung zum schweren Landfriedensbruch ermittelt worden. Eingestellt wurden auch die Verfahren gegen die Organisatoren der »Welcome to Hell«-Demonstration, Andreas Blechschmidt und Michael Martin, sowie gegen die Sprecherin der Interventionistischen Linken, Emily Laquer.

Zu den Vorwürfen des öffentlichen Aufrufs zu Straftaten und der Billigung von Straftaten habe sich kein hinreichender Tatverdacht ergeben, sagte Oberstaatsanwalt Carsten Rinio am Montag. Die Demonstration »G20 – Welcome to Hell« mit rund 12 000 Teilnehmern war am 6. Juli wegen Vermummung von Demonstranten von der Polizei bereits am Startpunkt gestoppt worden. Anschließend war es zu Ausschreitungen gekommen. dpa/nd

